

## Pressemitteilung

14. Juni 2013

### Ökonomen gegen weitere Mietpreisregulierung **Mietpreisbremse ist ungerecht**

Berlin – Die Einführung einer Deckelung von Mieten bei Neuverträgen ist der falsche Weg. Dadurch würden Investoren abgeschreckt und weniger Wohnraum entstehen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Befragung von 91 Wirtschaftswissenschaftlern, die von der **IW Consult**, einer Tochtergesellschaft des **Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW)**, im Auftrag der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** und der **WirtschaftsWoche (WiWo)** durchgeführt wurde.

Nachdem bereits zum 1. Mai 2013 die Deckelung für bestehende Mietverhältnisse in Kraft getreten ist, diskutiert die Politik aktuell die Begrenzung der Mietpreissteigerung bei Neuverträgen. Während das Meinungsbild der befragten Professoren zu der seit Anfang Mai geltenden Neuregelung relativ ausgeglichen ist, lehnen drei Viertel der Experten (68 von 91) eine solche Begrenzung für Neuverträge rundweg ab. *„Ein weiterer Eingriff in den Wohnungsmarkt wäre ungerecht und ist unnötig. Im Gegenteil: gäbe es weniger Reglementierung und würde sich die Politik ernsthafter an die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft halten, würde der Wettbewerb für Investitionen und mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen. Die diskutierte Mietpreisbremse wird die Lage für Mieter nicht verbessern, sondern genau die gegenteilige Wirkung erzielen und das Angebot an neuem Wohnraum verringern“*, so INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr.

Ebenso glaubt die große Mehrheit (67 von 91) der befragten Ökonomen nicht, dass sich mit Mietpreisbremsen Übertreibungen auf Wohnungsmärkten dauerhaft eindämmen lassen. Vielmehr sehen 70 der 91 befragten Wirtschaftswissenschaftler die Gefahr, dass ein Eingriff in die Wohnungsmärkte dazu führt, dass sich Investoren zurückziehen und somit weniger neue Wohnungen gebaut würden.

Prof. Dr. Michael Bräuninger, Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut, der an der Umfrage teilgenommen hat: *„Eine Deckelung der Mieten verringert die Investitionsanreize und verlängert damit das Problem. Um den Wohnungsbau zu fördern, sollten Bebauungsgebiete ausgewiesen werden. Außerdem sollte in den Städten eine Verdichtung erfolgen.“*

Die Befragung für das vorliegende IW-Expertenvotum fand in der Zeit vom 21. bis zum 31. Mai 2013 statt und wurde online durchgeführt. 91 Professoren, die an Universitäten in Deutschland tätig sind, haben sich an der Befragung beteiligt.

**Die gesamte Umfrage inklusive Grafiken finden Sie unter [www.deutschland-check.de](http://www.deutschland-check.de)**

### Pressekontakt

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; [hennet@insm.de](mailto:hennet@insm.de)